

Lehren der deutschen Reichstagswahlen

Autor(en): **Schneider, Friedrich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **12 (1932-1933)**

Heft 1

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-331449>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

LS 6 l.

(N 116)

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

12. JAHRGANG -- SEPTEMBER 1932 -- HEFT 1

Lehren der deutschen Reichstagswahlen

Von Friedrich Schneider.

»Wir sind überzeugt, daß die deutsche Arbeiterklasse ihren Kampf gegen den Faschismus führen wird unter den alten sieghaften Fahnen der Sozialdemokratie. Und darf ich dazu noch sagen, Genossen, daß, wenn der Faschismus die deutsche Arbeiterklasse mit Gewalt niederzuwerfen versuchen sollte, wenn er ihr keine andere Wahl mehr ließe als die, sich in Knechtschaft und Sklaverei zu beugen oder mannhaft ihre Freiheit zu verteidigen, daß wir für diesen Fall hoffen und überzeugt sind, daß die alten kriegerischen Tugenden der deutschen Arbeiter, die aber und abermals mißbraucht worden sind von den Herrschenden Deutschlands zum Fluche der Welt, sich voll erst entfalten werden im heiligen Verteidigungskampfe für die Freiheit der deutschen Arbeiter.«

(Otto Bauer auf dem Wiener internationalen Kongreß vom 25. Juli bis 1. August 1931.)

Nach einem unerhört scharfen Wahlkampfe, der infolge der Absetzung des preußischen Kabinetts Braun durch die Reichsregierung ins fast *Unerträgliche* verschärft wurde, hat das deutsche Volk den Reichstag neu bestellt. Dieser nicht nur für Deutschland und seine Arbeiterklasse, sondern auch für Europa und sein Proletariat bedeutungsvolle Vorgang und dessen Begleiterscheinungen rechtfertigen an dieser Stelle eine Betrachtung. Es war ein gewaltiges Ringen zwischen Sozialdemokratie und Nationalsozialismus, der deutschen Spielart des Faschismus. Nicht mit Unrecht ist der 31. Juli 1932 als ein *Schicksalstag* der Arbeiterklasse angesehen worden. Viele zweifelten an der Richtigkeit der Taktik, manchen erfaßte Unmut über die »Untätigkeit« und Geduld der deutschen Sozialdemokratie. Das trat auch in der schweizerischen Parteipresse in Erscheinung. Daß die Kommunisten wie immer ihr ganzes Wutgeheul gegen unsere Genossen in Deutschland losließen, ist weiter nicht verwunderlich.

Der 31. Juli 1932 ist vorbei, die Wahlschlacht geschlagen. Was ist das Ergebnis? Wenn es galt, die legale Machtergreifung des Faschismus zu verhindern, ist das *gelingen*. Nationalsozialismus und An-

hängsel haben die absolute Mehrheit im Reichstag nicht erreicht. Insofern wurde eine Abwehrschlacht gewonnen. Aber die vom Nationalsozialismus tolerierte Reichsregierung bleibt am Ruder, weil eine Mehrheitsbildung der im Wahlkampf antifaschistischen Parteien nicht in Frage kommt. Ob nationalsozialistische Minister ins Kabinett Papen-Schleicher eintreten, ist für die Arbeiterschaft im Augenblick nicht von besonderer Bedeutung. Daß es schon in seiner bisherigen Zusammensetzung die Geschäfte des *Faschismus*, der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes besorgte, hat es bewiesen. Mir scheint, daß die Richtung der deutschen Politik, mit der das Wohl des arbeitenden Volkes und mittelbar das der Arbeiterklasse anderer industrieller Staaten schon *vor* dem 31. Juli 1932 bestimmt worden ist. Der Wahlausgang wird daran zunächst nicht viel ändern, sintemalen und all-dieweil die Papen und die Schleicher die ihnen vom deutschen Volk beigebrachte Niederlage kaum anerkennen werden.

Man braucht nicht auf die Fehler von 1918 zurückzugreifen und nicht einmal die Aera Brüning, die schon allerhand war, zum Ausgangspunkt der Betrachtung zu machen, um zu *dem* Ergebnis zu kommen. Als Hindenburg seine scheinkonstitutionelle Toga fallen ließ, das Kabinett Brüning verjagte und Papen-Schleicher berief, *da* trat die entscheidende Wendung ein. Die Reichstagswahl konnte nur mehr ein Stimmungsbild geben, ohne an den Machtverhältnissen etwas zu ändern. Ergibt sich eine faschistisch-reaktionäre Mehrheit, so ist's recht, wenn nicht, hat es weiter auch nicht viel zu bedeuten, denn eine Mehrheitsbildung von Sozialdemokraten, Zentrum und Kommunisten ist unmöglich. So kalkulierte General Schleicher. Er denkt auf jeden Fall nicht daran, die Segel zu streichen. Die Beseitigung der Preußenregierung war eine vorsorgliche Maßnahme. Mit ihrer Polizei hatte sie ein *Machtmittel* in Händen, das die Reichswehr in Schach halten konnte. Die Papen-Schleicher schlossen von sich auf Braun und Severing und setzten bei ihnen die gleiche Mißachtung der Verfassungsgrundsätze voraus. Darin haben sie sich getäuscht. Die mächtige preußische Polizei in den Händen Severings, wie sie immer als sozialdemokratischer Aktivposten genannt wurde, ist widerstandslos dem Kommissar Papens ausgeliefert worden. Wohl wichen die sozialdemokratischen Minister und Funktionäre nur der Gewalt, aber sie wichen eben und gaben damit jene Machtpositionen auf, die der Rechtfertigung der Tolerierungspolitik dienen mußten. Die Reichsregierung hatte sich zweifellos die Sache nicht so leicht vorgestellt. Die Bedeutung dieses Streiches mußte jedem aufmerksamen Beobachter klar sein.

Die widerstandslose Hinnahme ist nur erklärlich, wenn man weiß, daß die sozialdemokratische Parteileitung die Parole ausgegeben hatte, sich durch *nichts*, aber auch gar nichts provozieren zu lassen, um der Regierung keinen Vorwand zu geben, die Reichstagswahlen abzusagen. Darin liegt eine Ueberschätzung der Wahl in diesem Momente. Papen-Schleicher hatten gar keine Ursache, die Wahlen zu verhindern. Der Reichstag ist in ihrem Spiel nur eine Figur, die da ist, wenn sie pariert, die aber verschwindet, wenn sie unbequem wird. Entweder war also

die offizielle Stillhalteparole ein großer Irrtum über die wirkliche Lage und die Absichten der Reichsregierung oder *das Ergebnis der politischen Ohnmacht der Arbeiterklasse*. Trifft letzteres zu, und mir scheint das der Fall zu sein, dann hat sich die Tolerierungspolitik, nur um die Preußenregierung zu halten, als wirkungslos erwiesen. Es wurden ungeheure Opfer an Verlusten proletarischen Vertrauens für eine Sache gebracht, die sich im entscheidenden Augenblick ohnehin als *wertlos* erwies. Ist es da zu verwundern, wenn die Massen mißtrauisch und zu einem Teil die Beute von Demagogen werden? Es ist das Verhängnis der deutschen Sozialdemokratie, daß sie sich so stark für den staatspolitischen Aufbau einsetzen mußte, wobei die klassenpolitische Seite zu kurz kam. Gewiß, die Hitlerpsychose ist eine krankhafte Erscheinung. Aber weite Kreise des arbeitenden Volkes sind von ihr nicht erfaßt. Es wäre falsch, etwa von der politischen und demokratischen Unerfahrenheit der deutschen Arbeiterklasse zu sprechen. Die gewaltige organisatorische und Aufklärungsarbeit war nicht umsonst. Die klassenbewußten Massen wissen wohl, *wo* sie politisch der Schuh drückt. Sie sind überzeugt, daß ihnen weder Hitler noch Thälmann helfen kann. Der Glaube an die Sozialdemokratie und ihre Mission ist unausrottbar, aber ein erheblicher Teil fühlt die Unrichtigkeit der zu starken Verbundenheit der Partei mit dem Staat, dem die Arbeiter wohl politische Rechte und Freiheiten, aber auch ungeheure materielle Lasten zu verdanken haben.

Der Gewaltstreich Hindenburgs hatte auch die Parteiführung überzeugt, daß eine große Kraftanstrengung, eine bis dahin nie geahnte Mobilisierung der Massen notwendig sei. Das Ziel wurde wirklich erreicht. Ich war im Wahlkampf rednerisch tätig und kann darum aus eigener Anschauung bezeugen, daß die Arbeiterschaft ungewohnt aktiv war. Die Bildung der eisernen Front hat Leute, wertvolle Proletarier, mobilisiert und aktiviert, die bisher auf der Seite standen. Mit einem Elan sondergleichen wurde die Parteiarbeit geleistet, das Interesse der Masse war in beispielloser Weise vorhanden. Wenn in Orten mit noch nicht 10,000 Einwohnern Versammlungen mit 1000 bis 1200 Teilnehmern mehrmals abgehalten werden konnten, ohne andere Propaganda als durch das Parteiorgan, oder wie in Freiburg, wo gegen Eintritt 3000 im Augenblick zusammenkamen, da Hitler die Stadt mit seinem Besuche »beehrte«, so bedeutet das, gemessen an unseren Verhältnissen, allerhand. Die gewaltige Aktivierung konnte aber in wenig Wochen nicht eine durch Jahre sich hinziehende Einstellung ändern. Manch einer traute den Dingen nicht recht. Im Herbst 1930 wurde ein heftiger Kampf gegen Brüning ausgefochten. In den Versammlungen donnerten die Redner gegen ihn und seine Politik, und nach der Wahl wurden Reichskanzler und Politik von der Sozialdemokratie *toleriert*.

Welche Aussichten haben wir diesmal? So wurde gefragt und gleich geantwortet: Im besten Fall wieder eine *Koalition* mit dem Zentrum und damit wieder die Fortsetzung des die beste proletarische Kraft zermürbenden Leidensweges! Um dies zu vermeiden, dürfte mancher, trotz der festen Ueberzeugung, daß schließlich nur die Sozialdemokratie die

Partei der Arbeiterklasse sein kann, den Kommunisten die Stimme gegeben haben. Sie versuchten damit eine faschistisch-rektionäre Mehrheit zu verhindern, ohne der Sozialdemokratie Veranlassung zu geben, die alte Koalitionspolitik fortzusetzen. Solchen Ueberlegungen haben die Kommunisten nicht zuletzt ihren überraschenden Erfolg zu verdanken, der nach ihrer Politik ganz unerklärlich wäre. Hat doch ihr Zentralkomitee in einem Rundschreiben während des Wahlkampfes die Sozialdemokratie erneut als den *Hauptfeind* bezeichnet und die örtlichen Sektionen gerüffelt, die sich mit sozialdemokratischen Organisationen verbanden, um den Kampf gegen den Nationalsozialismus zu führen. Zu solchen Widersinnigkeiten hat die Spaltung geführt. Sie erklärt auch die Tatsache, daß die im November 1918 verjagte Junkerhaste wieder die politische Macht ausüben kann. Das Gleichgewicht der Machtverhältnisse, das durch die Selbstausschaltung der Kommunisten von jeder aufbauenden Arbeit geschaffen wurde, ermöglicht dieser antiquierten Gesellschaft das Spiel einer entscheidenden politischen Rolle, einer Rolle, die nicht nur die politischen Rechte und Freiheiten des arbeitenden Volkes der größten Gefahr aussetzt, sondern auch ihre ökonomische Lage weitgehend verschlechtert.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft Deutschlands ist zu einer entschlossenen Klassenpolitik bereit. Sie fühlt, ja sie ist überzeugt, daß ihr Einfluß um so größer wird, je weniger sie ihr Geschick mit dem des bürgerlichen Staates verknüpft. Sie hat dem Nationalsozialismus eines voraus: *die kompakte, von einem einheitlichen Interesse geleitete Masse, die geschlossene Organisation und die sozialistische Weltanschauung.* Die Nachläufer Hitlers gemahnen an eine Hammelherde, die wahllos zusammenläuft und vor einem Verhängnis Schutz sucht. Einfluß und Macht des »Führers« sind dahin, wenn er von ihr etwas verlangt. Der blinde Messiasglaube macht nicht selbständig und kampfwillig. Diese Psychose ist aber ein Symptom größter Unzufriedenheit und mahnt zum Aufsehen. Es muß zum Versuche zwingen, die Ursachen zu bekämpfen. Damit, daß der Nationalsozialismus als Ausgeburt der Hölle dargestellt wird, ist es nicht getan. Für eine marxistische Partei kann es auf alle Fälle nicht erschöpfend sein. Natürlich darf der Faschismus nicht an die Macht gelassen werden. Um das zu verhindern, ist jedes Mittel recht, das zum Ziele führt. Die Erfahrungen der letzten Monate beweisen, daß die bisherige Politik vorläufig die offene faschistische Diktatur, nicht aber die getarnte verhinderte, aber gleichzeitig auch die Sozialdemokratie in einem Maße abnützte, die ihre *Werbefähigkeit* schwer beeinträchtigte. Für eine Partei, die nicht nur die volle politische Macht erobern will, sondern auch die wirtschaftliche Verfassung von Grund auf umgestalten muß, ist das auf die Dauer unerträglich. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Es ist darum die vornehmste Aufgabe der Sozialdemokratie, die Arbeiterklasse zu gewinnen, sie zu einer Kampftruppe des Sozialismus zu machen. Freilich braucht sie dazu die politische Freiheit, sie darf aber praktisch nicht so handeln, daß ihr die Sammlung des Proletariats aus eigener Schuld

erschwert wird. Auch in diesem geschichtlichen Falle schufen die das Gute, die Böses wollten. Ein Weg ist offen, der selbstverständliche Weg.

Die Feinde der Arbeiterklasse haben die Sozialdemokratie von den politischen Bindungen befreit. Sie hat beide Arme zum Kampfe frei. In diesen Tagen wurde von ihr der Beweis erbracht, daß sie *allein* trotz allem die Partei der Arbeiter ist. Unter den schwersten Verhältnissen, belastet mit der Verantwortung einer Politik, die sie nicht gemacht, die sie aber ermöglichte, hat sie 8 Millionen Männer und Frauen der Arbeit unter ihre Fahnen scharen können. Das ist ein Fingerzeig für das, was sie in voller Freiheit zu leisten vermag. Sie muß durch das Stahlbad der scharfen *Opposition* die Einigung der Arbeiterklasse herbeiführen. Die Erhaltung der Republik ist wichtig, *die Macht-ergreifung durch das Proletariat in ihr ist noch wichtiger*. Sowenig die Stimmen Hitlers nur von zuverlässigen Anhängern stammen, sowenig die 5,2 Millionen von Wählern, die auf die politische Linie der Kommunisten eingeschworen sind. Wie Millionen nationalsozialistisch wählten, um gegen das, was ist, was sie seelisch und physisch bedrückt, zu protestieren, um der Sehnsucht nach etwas anderem Ausdruck zu geben, so haben Millionen Arbeiter kommunistisch gestimmt, ohne auf das Moskauer Programm zu schwören, nur um ihre Unzufriedenheit und ihr Unbehagen zu manifestieren. Die Politik der Sozialdemokratie sollte sich weniger von »Staatsnotwendigkeiten« als vom *Klasseninteresse* der Arbeiterschaft leiten lassen. Die Masse ist gewillt, sich unter diesen Umständen ihrer Führung anzuvertrauen. Sie sehnt sich danach. Die prächtigen und unzähligen Arbeiterbataillone warten auf ihre Einsetzung in den politischen Kampf. Die Werbefähigkeit der Partei würde dadurch gewaltig gesteigert, womit nicht nur dem Faschismus, sondern auch der Kommunistischen Partei ein unüberwindlicher Damm entgegengestellt werden könnte. Mein Hinweis auf den einen Fehler, der von der Arbeiterklasse begangen worden sei, indem sie über der Wahrung der allgemeinen Interessen die Durchsetzung ihrer Klasseninteressen vergessen habe, wurde überall kräftig unterstrichen.

Die Art, wie der Wahlkampf geführt wurde, berechtigt zu Hoffnungen. Er knüpfte an die Denkart der Massen an, appellierte an Vernunft und *Gefühl* und konnte sie darum auch in Bewegung bringen. Das darf aber nicht nur auf Wahlen hin so sein. Es handelt sich hier nicht um Besserwissen oder um Vorschriften, die den deutschen Genossen gemacht werden sollen. Diese Ausführungen sind allgemeingültig und dürfen auch bei uns berücksichtigt werden. Je mehr sie beachtet werden, um so leichter ist die Verwirklichung der Worte Otto Bauers, die ich an die Spitze dieser Zeilen stellte. Dieser Auffassung darf um so eher Ausdruck verliehen werden, weil in unserer Zeit die Arbeiterbewegung gar nicht mehr national sein kann, auch wenn sie es oder einzelne ihrer Teile wollten. Das politische Denken wird international so beeinflußt, daß die Politik der Sozialdemokratie des einen Landes die Kampfesbedingungen der Schwesterpartei eines anderen Landes im Guten und im Bösen beeinflussen. Es ist darum kein un-

berechtigter Eingriff in geheiligte Rechte, wenn man sich erlaubt, die ungeschminkte Meinung zu einer *Schicksalsfrage* zu sagen, deren Beantwortung von der Sozialdemokratie eines Landes abhängt, die in der Internationale einen entscheidenden Einfluß ausübt und deren Wirkungsland zum Schicksal Europas und der Welt werden kann. Eine Arbeiterklasse von der Intelligenz, Disziplin, Organisations- und Widerstandsfähigkeit in der Art der deutschen ist imstande, den Faschismus zu überwinden, wenn es der Sozialdemokratie gelingt, ihre Kräfte zu mobilisieren und im Kampfe zusammenzufassen. Das kann aber nur geschehen, wenn der doktrinäre parlamentarische Boden verlassen wird zugunsten einer Politik und Taktik, die auch vor der Anwendung *außerparlamentarischer Kampfmittel* nicht zurückschreckt. Ich bewundere die Kaltblütigkeit der proletarischen Massen in Deutschland, die oft als Indolenz verschrien wird, die sie davor bewahrte, dem Feind in einem Augenblick vor die Maschinengewehre zu laufen, in der er es wünschte. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß in den Verhältnissen, in die sich die deutsche Arbeiterklasse gestellt sieht, *mit der Anwendung des politischen Massenstreiks gerechnet werden muß*. Die Zurückhaltung gegenüber den faschistischen und reaktionären Provokationen läßt sich nicht ewig üben. Einmal ist es zuviel. Dann tritt der Zustand ein, von dem die Worte Otto Bauers reden. Wenn die Massen nicht auf den Massenkampf vorbereitet sind, oder wenn die Führung zaudert, dann könnten »die alten kriegerischen Tugenden der deutschen Arbeiter« ein weiteres Mal *mißbraucht* werden, und zwar in nutzlosen und blutigen Putschen, zu denen von unverantwortlichen Leuten aufgerufen würde. Das müßte aber zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung führen.

Die Junkerregierung hat bewiesen, daß sie nur den Interessen ihrer Kaste, der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes dient, die sie schamlos als die der Allgemeinheit ausgibt. Das deutsche Proletariat hat von ihr auf alle Fälle nichts Gutes zu erwarten. Der 31. Juli hat bewiesen, daß der Faschismus legal nicht an die Macht kommt. Aber das ist nur eine negative Erkenntnis. *Die Sozialdemokratie hat die Vorbedingungen der Machtergreifung der Arbeiterklasse zu schaffen*. Das geschieht durch eine vom proletarischen Klasseninteresse bestimmte Politik, zu deren Durchsetzung alle Kampfmittel in Anwendung gebracht werden, die der bürgerliche Staat bietet, aber gleichzeitig die *Massen* mobilisiert und die Anwendung außerparlamentarischer Kampfmittel ermöglicht. Eine solche Politik ist geeignet, den Gegner in Schach zu halten und unnützes Blutvergießen zu vermeiden. *Sie verhindert nicht nur die Machtergreifung durch den Faschismus, sondern schafft die Voraussetzungen zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat*.
